



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 9. November 2023

Budget 2024, Finanzplan 2025-2026, Investitionsplan 2027-2028 und Jahresziele 2024. Mitbericht der Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales (FGS)

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Kommission FGS hat an ihrer Sitzung vom 9. November 2023 in Anwesenheit von Finanzdirektorin Michèle Blöchli, Gesundheits- und Sozialdirektor Peter Truttman, Finanzverwalter Marco Hofmann sowie der Vorsteherin des Gesundheitsamtes Karen Dörr das Budget 2024, den Finanzplan 2025-2026, den Investitionsplan 2027-2028 und Jahresziele 2024 beraten, soweit diese die Bereiche der Finanzdirektion und der Gesundheits- und Sozialdirektion betreffen. Sie erstattet Ihnen folgenden Mitbericht:

1 Stellungnahme der Kommission

Grossmehrheitlich sind die einzelnen Positionen der Finanzdirektion sowie der Gesundheits- und Sozialdirektion im Budget 2024 nachvollziehbar und begründet. In Bezug auf gewisse Budgetpositionen wurden verschiedene Detailfragen gestellt, die zur Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder beantwortet werden konnten.

Zu Diskussionen führten die Leistungsauftragserweiterungen. Einige Kommissionsmitglieder waren der Meinung, dass diese insgesamt reduziert werden sollten, wobei der Regierungsrat festzulegen hat, auf welche Leistungsauftragserweiterungen verzichtet werden kann. Abgestimmt hat die Kommission über den Antrag eines Kommissionsmitgliedes auf Reduktion der Leistungsauftragserweiterung beim Personalamt, HR-Bereichsverantwortliche/r 100%, um 50 %. Der Antrag wurde mit 7:3 Stimmen (bei keiner Enthaltung) angenommen. Die restlichen Leistungsauftragserweiterungen betreffend die FD und die GSD wurden einstimmig angenommen.

Der Landratsbeschluss bezüglich der ausserordentlichen Leistungsauftragserweiterung für die Bewältigung der Ukraine-Krise für das Budget 2024 wurde durch die Kommissionsmitglieder diskussionslos und einstimmig gutgeheissen.

Sodann wurde die Erhöhung der Lohnsumme um insgesamt 2.75% kritisch hinterfragt. Einige Kommissionsmitglieder vertreten die Ansicht, dass diese Erhöhung im Vergleich zur Privatwirtschaft und angesichts der aufgezeigten Entwicklung der Finanzen des Kantons Nidwalden in den nächsten Jahren nicht gerechtfertigt ist. Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber ist durch andere Massnahmen zu verbessern. Die Kommission FGS hat zur Kenntnis genommen,

dass der Regierungsrat für die Anpassung der Löhne an den Markt sowie an die Teuerung diese Erhöhung der Lohnsumme vornehmen möchte. Die Kommissionsmehrheit hat sich jedoch dem Antrag eines Kommissionsmitgliedes auf Reduktion der Erhöhung der Lohnsumme auf 2.25% mit 7:3 Stimmen (bei keiner Enthaltung) angeschlossen.

Schliesslich diskutierte die Kommission darüber, dass ein Zeichen gesetzt werden muss, da die Kommission FGS mehrheitlich mit der Entwicklung der Finanzen des Kantons Nidwalden nicht eiverstanden ist. Einige Kommissionmitgliedern fehlt ein erkennbarer Sparwillen im Finanzplan 2025-2026. Sie wünschen sich vom Regierungsrat Vorschläge für Einsparungen. Daher wurde der Antrag eines Kommissionsmitgliedes auf Nichtgenehmigung des Finanzplanes 2025-2026 mit 6:4 Stimmen (bei keiner Enthaltung) angenommen. Der Antrag auf Rückweisung des Finanzplanes 2025-2026 an den Regierungsrat zur Überarbeitung wurde nicht angenommen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine allfällige Erhöhung des Steuerfusses diskutiert. Schlussendlich waren sich die Kommissionsmitglieder einig, dass der aktuelle Steuerfuss beibehalten werden soll.

2 Anträge der Kommission FGS

Die Kommission FGS beantragt die Reduktion der Leistungsauftragserweiterung beim Personalamt, HR-Bereichsverantwortliche/r auf 50%.

Die Kommission FGS beantragt mit 6:4 Stimmen (bei keiner Enthaltung) die Erhöhung der Krankenkasse-Prämienverbilligung in der Erfolgsrechnung bei den beiden Positionen 'Krankenkassenprämienzuschüsse' und 'Bund für Verbilligung der Krankenkassenprämien' um je CHF 800'000 auf insgesamt 19.5 Mio. bei der ersten Position und 15.5 Mio. bei der zweiten Position. Dies aufgrund der Prämiensteigerung. Die finanziell belasteten Personen sollen unterstützt und das vom Bund dafür zur Verfügung gestellte Geld abgeholt werden.

Die Kommission FGS beantragt die Erhöhung der Lohnsumme um lediglich 2.25% statt 2.75%.

Die Kommission FGS beantragt die Nichtgenehmigung des Finanzplanes 2025-2026.

Die Kommission FGS beantragt die Genehmigung des Budgets 2024 (Bereich Finanzdirektion und Gesundheits- und Sozialdirektion; exklusive der nicht die GSD oder FD betreffenden Leistungsauftragserweiterungen) unter Berücksichtigung der Änderungsanträge mit 10:0 Stimmen (bei keiner Enthaltung).

Die Kommission FGS beantragt die Bewilligung des Landratsbeschlusses bezüglich der ausserordentlichen Leistungsauftragserweiterung für die Bewältigung der Ukraine-Krise.

Abschliessend nimmt die Kommission FGS den Investitionsplan 2027-2028 sowie die Jahresziele 2024 zur Kenntnis.

Die Kommission FGS **beantragt** dem Landrat, in den Bereichen betreffend die Finanzdirektion und die Gesundheits- und Sozialdirektion:

1. das Budget 2024 unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission FGS zu genehmigen,
2. die vom Regierungsrat beantragten Leistungsauftragserweiterungen betreffend die FD und die GSD unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Kommission FGS zu genehmigen,
3. den Finanzplan für die Jahre 2025 und 2026 nicht zu genehmigen,
4. den Landratsbeschluss bezüglich der ausserordentlichen Leistungsauftragserweiterung für die Bewältigung der Ukraine-Krise zu bewilligen,
5. den Investitionsplan für die Jahre 2027 und 2028 zur Kenntnis zu nehmen sowie

6. die Jahresziele 2024 zur Kenntnis zu nehmen.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR FINANZEN, STEUERN, GESUNDHEIT UND SOZIALES FGS



Roland Blättler
Präsident



Mlaw Melanie Rogger
Kommissionssekretärin